

Synopse zu den VCI-Themen zur Bundestagswahl 2017

Stand: 17. August 2017

Aussagen aus den
Wahlprogrammen der
Parteien CDU (mit CSU),
SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP, DIE LINKE.
und AfD

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Nachhaltigkeit: gesellschaftliche Akzeptanz	<i>VII. CSU/ Heimat und Zusammenhalt: Bürgerbeteiligung ausbauen, bundesweite Volksentscheide ermöglichen (18). Heimatstrategie (19).</i> Nachhaltigkeit als Auftrag (72)	Akzeptanz für neue Technologien erhöhen. Befürchtungen abbauen und Ängsten vorbeugen. Innovationsdialog der Bundesregierung: Ergebnisse veröffentlichten (26)	Gestaltungsmacht DEs nutzen, um die nachhaltigen Entwicklungsziele der VN zu erreichen (11); Mit der Umwelt statt gegen sie arbeiten (14, 40); Lieferkette/ Standards: Einhaltung nachweisen (95)		k.A. bzw. deutsche Firmen müssen ihre Zulieferer und deren Arbeitsbedingungen offenlegen. Das gilt für die Rohstoffe wie für die Produktion selbst (105)	
Industriepolitik in der Wettbewerbsordnung	Industriearbeitsplätze sind ein Eckpfeiler unseres wirtschaftlichen Erfolgs. In DE eine große Bandbreite an Wertschöpfung sichern: Von der Grundstoffindustrie über die industrielle Produktion und Veredelung bis hin zu Dienstleistungen. Notwendige Regelungen zum Umwelt- und Klimaschutz dürfen nicht zur Verlagerung von Arbeitsplätzen in Ländern mit geringeren Umweltauflagen führen (13)	Handwerk, Mittelstand und industrielle Basis stärken: Die Stärke unserer erfolgreichen Volkswirtschaft liegt in der vielfältigen Wirtschaftsstruktur – vom mittelständischen Familienbetrieb über das große Industrieunternehmen - in der Grundstoffindustrie bis zum Endprodukt u. den damit verbundenen Dienstleistungen. ... Diese breite Basis weiter ausbauen (21f)	Alle Branchen müssen ihren Beitrag zu Klima- und Ressourcenschutz leisten. Umstieg auf Elektromobilität. Weg vom Öl und Gas und hin zu nachwachsenden Rohstoffen in der Chemieindustrie (42); In den kohlenstoffintensiven Unternehmen und Geschäftsbereichen werden Arbeitsplätze abgebaut (43); „Divestment“ meint den Abzug von Investitionen aus Öl, Kohle und Gas (43, 46)	Von einer falschen Energiepolitik sind insbesondere die Chemie-, Stahl-, Metall-, Textil-, Bau- und Rohstoffindustrie betroffen. Für bessere Investitionsbedingungen am Standort DE einsetzen, damit die Investitionstätigkeit der Industrie nicht weiter zurückgeht. Auch zukünftig wettbewerbsfähige Produktionsbedingungen in DE ermöglichen (82)	Aktive staatliche Industriepolitik, die sich stärker auf den Binnenmarkt konzentriert und wo möglich auf regionale Kreisläufe und ökologisch zukunfts-fähige, alternative Produktion setzt. ... Umbau durch ökologische Zielvorgaben und mehrjährige Stufenpläne. Kombination von finanziellen Anreizen, Verboten und öffentlicher Kontrolle und Wirtschaftsräten in der Politik/ Unternehmen (84)	Übernahmen deutscher Unternehmen durch ausländische stärker unter dem Gesichtspunkt deutscher wirtschaftlicher Interessen kontrollieren und ggf. unterbinden (20)

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Industriepolitik: Infrastruktur verbessern	Die hohen Mittel für Infrastruktur mindestens verstetigen. Der neue BVWP bietet eine gute Grundlage für die weiteren Maßnahmen (19); Straßen, Autobahnen u. Brücken sanieren, neue Projekte realisieren und vorhandene Lücken schließen. Erleichterungen erzielen bei der Planung und Durchführung von Infrastrukturprojekten sowie beim Abrufen von Fördermitteln. Bei Ersatzneubauten VwG-Verfahren auf eine Instanz beschränken. Mehr Mobilität bei weniger Lärm. 2020 Verbot lauter Güterwagen. Integrierte Verkehrssysteme (22f)	1.) <i>Vorfahrt für Zukunftsinvestitionen</i> <i>Eine Investitionsverpflichtung einführen, die fest in der Finanzplanung verankert wird</i> Neue Investitions-offensive in DE. Das gilt auch für Bund, Länder und Kommunen (21); Verkehrswende: Straße, Schiene, Wasserstraße und Luftverkehr nicht isoliert betrachten (45); Durch Beteiligung der Bürger, weniger Bürokratie und gezielten Personaleinsatz schneller planen und bauen (46); Lärm im Schienenverkehr bis 2020 halbieren (47); Keine Mautpflicht < 7,5 t (46)	Mindestens 12 Mrd. Euro p.a. zusätzlich investieren. Investitionsregel (225); Bundesnetzplan anstelle des BVWP. Erhalt vor Neubau, Schiene vor Straße, mehr Geld für Radwege (58); Bürger bei Planungs- und Bauvorhaben früher und besser einbeziehen. Gesetze und Vorschriften weiterentwickeln (148); Das Auto der Zukunft fährt ab 2030 ohne Abgase (61); Mobilität ohne Lärm, Abgase und Stau (57f, 233); Elektrifizierungsprogramm Schiene (60); keine lauten Güterwagen 2020 (60); Flächenfraß stoppen (20); Maut für LKW > 3,5 t (58)	Investitionen des Bundes in die Verkehrsinfrastruktur erhöhen. Der Bund muss deutlich mehr Mittel für Verkehrswege bereitstellen. Und das nicht nur für Bundesautobahnen oder -fernstraßen, sondern auch für den schienengebundenen ÖPNV. Der Bund muss in den nächsten 20 Jahren jeweils zwei Mrd. Euro in einen Fonds zur Sanierung der Verkehrsinfrastruktur einzahlen. Planungsprozesse optimieren und mehr Transparenz im Zusammenhang mit der Nutzung des Verbandsklagerechts (29); Leistungsfähige Häfen und Flughäfen gewährleisten (83)	Verkehrswegeplan, der den schienengebundenen Personen- und Güterverkehr in den Mittelpunkt stellt. Bürger räte (90); Güterverkehr auch unter 300 km wieder auf die Bahn (91); Investitionsstau in den Kommunen beträgt weit über 100 Mrd. Euro (63); Schuldenbremse zurücknehmen. Bis dahin den Vollzug aussetzen (41f); Die geplante Infrastruktur-GmbH wird abgelehnt (90); Güterverkehr vermeiden, verlagern, verbessern (92); Für Ausbau der Infrastruktur Flächen entsiegeln. Flächenverbrauch verringern (97);	Bundesweites „Konjunkturprogramm Infrastruktur“ (KPI) auflegen. Ziel des KPI ist die Sanierung und der Ausbau von Schienen, Straßen, Wasserwegen, Brücken und öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kindergärten, Theatern und Museen (69)
Industriepolitik: Digitalisierung vorantreiben	Im Bundeskanzleramt die neue Position eines „Staats-	[„Stabsaufgabe Digitalisierung“ – laut verschiedenen	Digitalisierung kann vieles in der Wirtschaft viel ökologischer machen und	Schaffung eines Digitalministeriums	Digitalisierung und die Arbeit und Auftragsvergabe über »Clouds« und	Anbindung des ländlichen Raums an das schnelle

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Fortsetzung von Industriepolitik: Digitalisierung vorantreiben	ministers für Digitalpolitik“ schaffen. Kabinettsausschuss „Digitalpolitik“ einrichten. „Nationalen Digitalrat“ berufen, der einen engen Austausch zwischen Politik und Experten ermöglicht.	Reden des Parteivorsitzenden]; 2.) <i>Innovationsallianz: Digitalisierungsfonds auflegen, der Mittelstand und Handwerk zugutekommen soll. Gigabitnetzstrategie Deutschlandportal.</i>	zu einer ökologischen Mobilitäts- und Energiewende beitragen. Smart Grids helfen z.B. die schwankenden Strommengen aus Wind und Sonne auszugleichen. Verkehrsströme intelligenter steuern. Bits und Bytes können Energie und Material ganz ersetzen. Durch 3-D-Druck werden Baupläne über das Netz statt Bauteile in Containern über das Meer verschickt. Video-Konferenzen ersetzen Geschäftsreisen, Home-Office reduziert Pendlerströme. Teilen über Sharing-Plattformen. Das reduziert materiellen Konsum Doch hierfür bedarf es höchster Datensicherheits- und Verbraucherschutzstandards (45f);	auf Bundesebene (91); In einem Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern den Ausbau der digitalen Infrastruktur regeln (14); IT-Infrastruktur des öffentlichen Sektors dynamisch fortentwickeln. IT-Strukturen und die weitere Digitalisierung der Verwaltungsprozesse in den Behörden sowie zwischen den Behörden, Bürgern und der Wirtschaft konsolidieren. Die mittelständische IT-Wirtschaft ist dabei wegen ihrer hohen Innovationsfähigkeit und ihrer ordnungspolitischen Bedeutung besonders zu berücksichtigen. (89); Ein hochleistungsfähiges Internet durch flächendeckende Gigabit-	Plattformen schafft neue, oft entgrenzte und prekäre Beschäftigungsformen (14); Die Arbeitgeberverbände versuchen, unter dem Deckmantel der Digitalisierung eine umfangreiche Deregulierung von Standards und Arbeitszeiten durchzusetzen (15); Durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung kann das Versprechen der Digitalisierung, selbstbestimmter zu arbeiten und zu leben, für alle Wirklichkeit werden (17); Es ist auch eine Frage von Macht, wer über Inhalte des und Zugang zum Internet entscheidet (130); Glasfaserinfrastruktur rasch u. flächendeckend	Datennetz verbessern (70); Der Schutz vor Industriespionage ist insbesondere durch staatliche Maßnahmen zur Erhöhung der IT-Sicherheit und der Sicherheit der Datennetze zu verbessern (67)
	<i>II. CSU-Wachstumsplan für DE: 5G-Ausbau bis 2025 abschließen (14)</i>	Im Jahr 2025 hat DE eine der modernsten digitalen Infrastrukturen.				
	Flächendeckender Zugang durch modernste und sichere technische Infrastruktur. Bis 2018 in DE die Breitbandversorgung flächendeckend ausbauen. Für das Internet der Dinge. Ausbau mit Glasfasernetzen vorantreiben und bis 2025 realisieren. DE und EU zum Leitmarkt für den 5G-Mobilfunk machen. Glasfaserausbau zur	„Breitband für alle“ zur Überwindung der digitalen Spaltung zwischen Ballungszentren und ländlichen Räumen. Flächendeckende digitale Infrastruktur auf hohem Niveau. Datengeschwindigkeit von mind. 50 Megabit pro Sekunde soll nur ein erster Zwischenschritt bis 2018 sein. Ziel sind Gigabitnetze. Bis				

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Fortsetzung von Industriepolitik: Digitalisierung vorantreiben	<p>Anbindung von 5G-Basisstationen. Erlöse aus der Vergabe der Mobilfunkfrequenzen für 5G in den Glasfaserausbau investieren. Digitales Bürgerportal (52f); Zusätzliche Wachstumschancen durch den Einsatz neuer Technologien und Produktionsverfahren, wie z.B. 3D-Druck. Mit neuen Arbeitszeitmodellen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Daten sind der Rohstoff der Zukunft. In dem durch die Datenschutzgrundverordnung eröffneten Rahmen ein Datenschutzgesetz erarbeiten (54); Digitalpakt (56)</p> <p><i>II. CSU-Wachstumsplan für DE: digitale Verwaltung (14).</i></p>	<p>2025 mehr als 90 Prozent aller Gebäude anschließen. Notwendige Investitionen fördern. Die Entwicklung der fünften Generation der mobilen Datenübertragung (5G-Standard) weiter vorantreiben. Die Mobilfunktechnologie schafft weitere Bandbreiten. WLAN ist Teil einer modernen digitalen Infrastruktur (28); In schnelle Glasfaserverbindungen investieren, die überall in Deutschland ermöglichen (21); Den Mittelstand und das Handwerk in der Breite für die Digitalisierung gewinnen (22); Digitalisierung in der Verwaltung (23)</p>	<p>Glasfaser flächendeckend ausbauen (165, 225); Gesundheitsdaten auch digital schützen. Die Grundsätze des Datenschutzes – Einwilligungsvorbehalt, Zweckbindung und Datensparsamkeit – müssen auch online konsequent durchgesetzt werden (160); Bei der Anpassung der dt. Datenschutzgesetze an die EU-Datenschutzreform dürfen die hohen EU-Standards nicht aufgeweicht werden (162); Das BSI unabhängig stellen (168); Digitale Systeme effektiv schützen (170); IT-Beratungsnetzwerk für den Mittelstand (226)</p>	<p>Infrastrukturen sowohl im Festnetz als auch beim Mobilfunk (91); Grundrecht auf Verschlüsselung von Daten (91); E-Health (92)</p>	<p>ausbauen (131); Gesamtstaatliche Digitalisierungsstrategie (61); Derzeit werden die Chancen der Digitalisierung durch die Konzerninteressen blockiert. Um flächendeckenden Breitband-Netzzugang auszubauen, sind staatliche Investitionen in Milliardenhöhe notwendig. Die digitale Infrastruktur muss für alle zugänglich sein und demokratisch gestaltet werden – daher muss sie am Gemeinwohl und nicht am Profit ausgerichtet werden (84)</p>	

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Industriepolitik: Mittelstandspolitik	<p>Leistung des Mittelstands künftig noch stärker öffentlich anerkennen und fördern. Bekenntnis zur dualen Ausbildung in Betrieb und Schule. Erhalt des Meisterbriefs (17); Planbarkeit und Verlässlichkeit (37)</p> <p><i>IV. CSU-Wachstumsplan für DE: Marktzugänge für exportstarken Mittelstand erleichtern. Mindestlohn entbürokratisieren (12).</i></p>	<p>Programm „Innovationsmotor Mittelstand“: Fachkräfte für die Betriebe sichern, die Innovation fördern und Mittelstand und Handwerk gezielt entlasten. Zugleich den exportorientierten Mittelstand mit einer aktiven Außenwirtschaftspolitik fördern. Steuerliche Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter. (20)</p>	<p>Für Mittelstand, Selbständige und Arbeitnehmer das Steuersystem gleichzeitig vereinfachen, um sie zu entlasten. Dazu gehören eine Vereinfachung bei der Umsatzsteuer mit Blick auf die aufwändigen Verfahren beim Handel in der EU und erhöhte Abschreibungsgrenzen für geringwertige Wirtschaftsgüter (195)</p>	<p>Mittelstandsklausel auf Bundesebene einführen. Demnach sollen alle Gesetze und Verordnungen bezüglich ihrer Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen geprüft werden (26); Spürbarer Abbau von Außenwirtschaftsbürokratie (26); Mittelstandsfinanzierung sichern (74f); Vereinfachung der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn (90)</p>		<p>Regulierungen und Bürokratie überprüfen und abbauen, um insbesondere die Belastungen für kleine und mittelständische Unternehmen zu verringern (53)</p>
Industriepolitik: Bürokratie abbauen	<p>„One-in, one-out“-Regel hat sich bewährt und wird weiter fortgesetzt. Bei neuen Gesetzgebungsvorhaben soll – soweit vertretbar – auf Kontrolle und Regulierung verzichtet werden, bis eine Notwendigkeit dafür eindeutig nachgewiesen ist (21)</p>	<p>Unnötige Bürokratie abschaffen. Unternehmen von Statistik-, Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten befreien (23)</p>	<p>Mit E-Government unsere Verwaltung modernisieren, Bürokratie abbauen und unsere Demokratie beleben (170)</p>	<p>Zu viel Regulierung abbauen. Zeitliche Begrenzung von Gesetzen/ „one in, two out“-Prinzip (zugleich in doppeltem Umfang Folgekosten an anderer Stelle zurückführen). Jede Regelung soll ein Ablaufdatum erhalten (90); Bürokratiefreies Jahr für Start-ups schaffen (23)</p>		<p>investitions- und innovationsförderndes wirtschaftliches Umfeld. Auf breiter Front deregulieren und Bürokratie abbauen (53)</p>

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Industriepolitik: Für Freihandel einsetzen	Das Freihandelsabkommen CETA mit Leben erfüllen. Ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA wird weiterhin angestrebt. Schutz gegen unfaire Handelspraktiken (27);	Nationale Alleingänge und Protektionismus versprechen keinen Erfolg. Der beste Rahmen für Verhandlungen sind die VN sowie WTO. Gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und weltweit die aktuellen Blockaden im Bereich multilateraler Verhandlungen zum Welthandel überwinden. Bilaterale Handelsabkommen der EU mit wichtigen Partnern sind zu einer immer stärker genutzten Alternative geworden. In allen Handels-, Investitions- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen Regeln für die verbindliche Einhaltung und Umsetzung menschenrechtlicher, ökologischer, verbraucher-	Um Handel fair zu gestalten, müssen Regeln multilateral verhandelt werden. Das muss im Rahmen der WTO geschehen. Zugang zu günstigen Generika für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen stärken. Schutzklauseln und Ausnahmen des TRIPS insbesondere für die Länder des globalen Südens. Gleichzeitig dürfen diese Länder nicht mittels Freihandelsabkommen gedrängt werden, eine Ausweitung des Monopolschutzes und eine Einschränkung des Medikamentenzugangs über TRIPS-plus einzuführen. Mit einem globalen Forschungsfonds Anreize schaffen, vernachlässigte und Infektionskrankhei-	Deutschland soll selbstbewusst für den Freihandel eintreten (54); Die Chancen des Freihandels nutzen. Wachsende Tendenzen des Protektionismus ablehnen. Eintreten für Stärkung der multilateralen, rechtsbasierten Handelsbeziehungen. Die WTO als zentralen Ort zur Schaffung eines gerechten globalen Welthandelsystems stärken. DE braucht als die exportstärkste und exportabhängigste Volkswirtschaft weltweit den auf Rechtsgrundlagen beruhenden freien Handel. Der Angst vor Freihandel daher den Optimismus und die Hoffnung auf Fortschritt und Frieden gegenüberstellen (65)	Unsere Alternative zu gefährlichen Freihandelsabkommen, Wachstum um jeden Preis und Zerstörung der Umwelt ist ein Zukunftsprogramm für den sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft (80); Den geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA, TiSA Widerstand entgegenzusetzen (104); Auf VN-Ebene Kompensationsfonds für die Folgen von Klimawandel und Kolonialismus einrichten, der von Industriestaaten finanziert wird. Zusätzlich ein solidarischer Wissens- und Technologietransfer für eine Energiewende in den Ländern des Südens. Klimafinanztransfers	Diskriminierungsfreier Zugang zu ausländischen Import- und Exportmärkten für deutsche Unternehmen. Aber: CETA, TISA und TTIP werden abgelehnt. Verlässliche Handelsregeln erhalten und nach den Interessen unseres Landes weiterentwickeln. Bilaterale Handelsverträge sollten nur abgeschlossen werden, wenn multilaterale Handelsverhandlungen nicht durchführbar sind. Investitionsschutzverträge sollen nur abgeschlossen werden, wenn sie auch deutsche Unternehmen gegen unsichere Rechtsverhältnisse
	<i>X. CSU/ Europa und Sicherheit in der Welt. Europa und die USA verbinden eine gewachsene und verlässliche Freundschaft und gemeinsame Werte. Die USA sind und bleiben ein zentraler Handelspartner. Die transatlantischen Beziehungen wieder intensivieren und neu beleben. Für einen fairen internationalen Handelsverkehr ohne einseitige Wettbewerbsvorteile durch staatliche Eingriffe (29).</i>					

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Fortsetzung von Industriepolitik : Für Freihandel einsetzen	<p><i>Die Russland-Sanktionen dürfen nicht zum Dauerzustand werden (30).</i></p> <p>[Angesichts der zukünftig absehbaren Herausforderungen verbinden uns Europäer gemeinsame Werte mit unseren nordamerikanischen Partnern enger, stärker und haltbarer als mit anderen Regionen. Darum ein fundamentales sicherheitspolitisches Interesse an einem starken und verlässlichen Partner USA. Appell an Russland, das Abkommen von Minsk dauerhaft einzuhalten und umzusetzen: Beständig weiterführender Dialog (67)]</p> <p>Marshall-Plan mit Afrika (70)</p>	<p>cherpolitischer u. sozialer Standards wie der ILO-Kernarbeitsnormen mit Beschwerde-, Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen vereinbaren. Perspektivisch einen unabhängigen internationalen Handelsgerichtshof etablieren, um das Primat der Politik durchsetzen. CETA: zukunftsweisende Regeln für den Schutz der Arbeitnehmerrechte, der öffentlichen Daseinsvorsorge und für einen fortschrittlichen Investitionsgerichtshof. Private Schiedsgerichte sind damit ausgeschlossen. Dies muss auch für alle künftigen Handelsabkommen der EU gelten. CETA muss</p>	<p>ten besser zu behandeln. Damit das gelingt, muss die WTO grundlegend reformiert und unter dem Dach der VN neu belebt werden. Mit der Verabschiedung der globalen Nachhaltigkeitsziele der VN und dem Pariser Abkommen wurden zentrale Zielmarken zur Bekämpfung von Hunger und Armut, zur Reduzierung von globaler Ungleichheit und für den Erhalt unserer ökologischen Lebensgrundlagen gesetzt (91); Auch soziale, ökologische u. menschenrechtliche Standards setzen, einklagbar und sanktionierbar (92); TTIP, CETA, TiSA, JEFTA werden abgelehnt (93); Das Vorsorgeprinzip in allen Handelsver-</p>		<p>Deutschlands sollen bis 2020 auf sieben Mrd. Euro p.a. ansteigen. (104)</p>	<p>absichern. Alle Abkommen müssen in transparenten Verfahren verhandelt werden. (18-21)</p>

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Fortsetzung von Industriepolitik : Für Freihandel einsetzen		als gemischtes Abkommen sowohl durch das EP als auch durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden. Afrika bei der Schaffung einer afrikanischen Freihandelszone unterstützen (86)	trägen verankern. GV-Lebensmittel ... sind verboten. Entwicklungsländer dürfen durch Zölle und Quoten ihre Märkte schützen (94); Zukunftspakt EU-Afrika (77f)	Kooperationen mit allen relevanten Partnern, insbesondere mit der Privatwirtschaft: Chancenkontinent Afrika (71)		
Energiepolitik : Energiekosten deckeln (Kostenbremse und alternatives Finanzierungsmodell)	<p><i>CSU Verantwortung für die Schöpfung: Strompreisbremse. Vorrang für Erdverkabelung (28)</i></p> <p>Marktwirtschaftliche Heranführung und Systemintegration (22); Wettbewerbsfähigkeit erhalten (72); Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien die <u>Sektorenkopplung</u> weiterentwickeln: Steuerung von Produktion und Nachfrage sowie die Verknüpfung der Stromerzeugung mit Bereichen wie Ver-</p>	Energie muss umweltfreundlich und bezahlbar sein. Gleichzeitig muss die verlässliche Versorgung gesichert bleiben: drei gleichrangige Ziele der Energiewende. Die verschiedenen Energiesektoren stärker verbinden. Bisher findet die Energiewende hauptsächlich im Stromsektor statt. Durch <u>Sektorenkopplung</u> soll die Energiewende noch stärker in den Wärme- und	100 Prozent erneuerbare Energien im Strombereich bis 2030 mit Kohleausstiegsfahrplan (35f); Die jährlichen Ausbauziele kräftig anheben und an die Klimaziele anpassen (50); Zügig in die <u>Verbindung der Sektoren</u> Strom, Wärme und Mobilität einsteigen und sinnvolle Möglichkeiten der Elektrifizierung nutzen (51); Durch eine Reform des Strommarktes neue Anreize schaffen, Energie flexibel und effektiv zu nut-	Erneuerbare Energien sind ein wichtiges Element im Energiemix der Zukunft (85); Die Verknüpfung von Strom, Wärme, Mobilität und Rohstoffen sowie deren Infrastrukturen („ <u>Sektorenkopplung</u> “) marktwirtschaftlich nutzen (88); Stromsteuer senken (80); Das Tempo beim Zubau der Netze in einem EU-Energiebinnenmarkt sowie der Entwicklung von Speicher- und Steuerungstechniken koordinieren.	k.A. bzw. ungerechtfertigte Industrierabatte bei Ökosteuer, Netzentgelten, Emissionshandel und im EEG sollen entfallen (86); Die Stromsteuer für private Verbraucher senken. Für zusätzliche Entlastungen einen Energiewendefonds auflegen, der die Zahlungsverpflichtungen der Stromkunden über die EEG-Umlage über einen längeren Zeitraum streckt; »Klimawohngeld«	Das EEG ersatzlos streichen. Solange das EEG noch nicht abgeschafft ist: <ul style="list-style-type: none"> - Keine EE-Anlagen in Wäldern und Schutzgebieten. - Keine Vorrangflächen für Windenergieanlagen ohne Zustimmung der betroffenen Bürger. - Mindestabstand von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung - Die Laufzeit sicherer Kernkraftwerke nach der technischen

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Fortsetzung von Energiepolitik: Energiekosten deckeln (Kostenbremse und alternatives Finanzierungsmodell)	kehr, Gebäude und Wärme gewinnen zunehmend an Bedeutung. Dadurch Kosten wirksam begrenzen und Versorgungssicherheit weiter erhöhen (25)	Verkehrssektor getragen werden (48); Alternative Finanzierungsmodelle prüfen. Bürger Energiegenossenschaften fördern (49)	zen oder zu speichern. Überschüssige Strommengen in Batterien speichern oder in Wärme/Gas umwandeln (51); Strompreisrabatte zurückführen (50)	Dauersubventionssystem des EEG mit Einspeisevorrang und -vergütung beenden. Anlagen mit Förderzusagen genießen Bestandschutz (85f)	so ausgestalten, dass Energiearmut bei umsichtigem Verbrauch sicher verhindert wird (87)	Nutzungsdauer ausrichten (66); Weiterer Ausbau der Windenergie wird abgelehnt als energiepolitischer Irrweg (72)
Energiepolitik: Netze bedarfsgerecht ausbauen	Der beschleunigte Netzausbau und die Beseitigung von Engpässen haben oberste Priorität. Dadurch in erheblichem Umfang Kosten reduzieren. Es dürfen keine Nachteile für Grundstückseigentümer, Investitionen und Arbeitsplätze entstehen. DE muss eine einheitliche Strompreiszone bleiben (22)	Zügiger Netzausbau auf Verteil- und Übertragungsebene. Bestehende Stromleitungen mit Hilfe neuer Technologien besser auslasten (48); Erdgas, erneuerbares Gas aus Power-To-Gas-Anlagen und die Gasnetzinfrastruktur werden im Energiemix für eine flexible, sichere und CO ₂ -arme Energieerzeugung immer bedeutender. Moderne Anlagen der KWK wegen wichtiger Rolle im Energiesystem fördern (49)	Beim Netzausbau vorrangig auf Erdkabel setzen und Freileitungen – zunächst in Naturschutzgebieten und Vogelzugkorridoren – durch Vogelschutzmarkierungen nachrüsten. Zur solidarischen Finanzierung der Energiewende eine verursachergerechte und auch regional faire Verteilung der Kosten des Stromnetzes (51)	Wirtschaftlich tragfähiger Netzausbau, der hohe Versorgungssicherheit und niedrige Strompreise in einem europ. Strombinnenmarkt fördert. Für alle Energieerzeuger mehr Verantwortung für die Netzstabilität. Das jetzige System der Netzfinanzierung reformieren, damit Unternehmen entlastet werden. Auch beim Netzausbau die Belastungen auf das unvermeidbare Maß reduzieren. Betreiber von Erzeugungsanlagen sollen die Kosten für den Netzanschluss (zumindest teilweise) tragen (86)	k.A. bzw. Strom- und Wärmenetze in die öffentliche Hand überführen und demokratisch kontrollieren. Netzentwicklungsplan anhand neuer Zielkriterien überarbeiten und an ambitionierten Klimaschutzziele ausrichten; Eine regional ausgerichtete Energiewende unterstützen: Energiegenossenschaften und Bioenergiedörfer sowie Städte und Kommunen, die ihre Energienetze rekommunalisieren stärker fördern (86)	Für die Bewältigung von „Krisen“ wie der Energieversorgung Volksabstimmungen einführen (9); Die bestehenden Kernkraftwerke sollen nicht vor Ende ihrer Nutzungsdauer außer Betrieb genommen werden (66)
	<i>CSU Verantwortung für die Schöpfung: Vorrang für Erdverkabelung (28)</i>					

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Energiepolitik: zu hohe Reserven verhindern			k.A. bzw. Die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke vom Netz nehmen (35); Kohleausstiegsfahrplan (36)	Offene Leistungsmärkte statt planwirtschaftlicher Kapazitätsmärkte (86)		k.A. bzw. Auf die Nutzung moderner Gas- und Kohlekraftwerke wird DE nicht verzichten können (66)
Energiepolitik: Energieeffizienz	<i>II. CSU/ Steuern senken, Eigentumschaffen: steuerliche Förderung für energetische Modernisierungsmaßnahmen über fünf Jahre. Kosten für besonders energiesparende Maßnahmen sollen zehn Jahre steuerlich geltend gemacht werden können (7)</i>	Energieeffizienz ausbauen. Öffentlichen Gebäudebestand und öffentlichen Nahverkehr zu Vorbildern des nachhaltigen und energieeffizienten Verbrauchs entwickeln. Energieeffizienzstandards von Produkten weiter verbessern (49)	Energiespargesetz soll Effizienzrevolution einleiten (51) CO ₂ -Bepreisung (233); Jede in die Gebäudesanierung investierte Milliarde schafft 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze im Baugewerbe, im Handwerk und in der Industrie (43)		Effizienzpolitik braucht nicht nur Fördermittel, sondern auch ordnungsrechtliche Mindeststandards für den Energieverbrauch von Produkten. Energieeffizienzfonds für den Umstieg (88)	k.A. bzw. EnEV und EEWärmeG abschaffen (66)
Klimaschutz: kein nationales Klimaschutzgesetz	Auf dem G7-Gipfel in Elmau wurde 2015 die Dekarbonisierung der weltweiten Energieerzeugung bis 2100 beschlossen. Bestehende Energie- und Klimaziele Schritt für Schritt umsetzen, auch den 2016 beschlossenen KSP. Keine dirigistischen	KSP 2050 weiterentwickeln. Den Dialog in den betroffenen Sektoren führen. Auf Technologieneutralität und Innovationsoffenheit setzen. Die Ergebnisse des Dialogs im Rahmen eines nationalen Klimaschutzgesetzes umsetzen.	<i>Zehn-Punkte-Plan 1. Klimaschutz voranbringen (233)</i> Um das Abkommen von Paris mit Leben zu füllen, Einführung eines bundesweiten Klimaschutzgesetzes, wie auf Landesebene zuerst in NRW und weiteren Ländern. Neben	Eine international abgestimmte Politik auf Basis des Klimaschutzabkommens von Paris. Nationale Alleingänge wie der Klimaschutzplan 2050 werden abgelehnt. Gemeinsame europäische Klimaziele sind festgelegt. Klimaziele DEs wieder an die	Den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 verringern, bis 2030 um 60 Prozent und bis 2050 um 95 Prozent. Die genannten Ziele müssen in einem Klimaschutzgesetz	Das Projekt der Dekarbonisierung über die „Große Transformation“ beenden und den KSP 2050 der Bundesregierung aufheben. DE soll aus allen staatlichen und privaten „Klimaschutz“-Organisationen

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Fortsetzung von Klimaschutz : kein nationales Klimaschutzgesetz	staatlichen Eingriffe in diesem Bereich (72)	Subventionen überprüfen (48); <i>2. Innovationsallianz: Klimaschutz u Energiewende als Wachstumsmotor</i>	Industrie und Energiewirtschaft müssen auch der Verkehr, die Landwirtschaft und der Gebäudesektor ihren Beitrag leisten (34, 38)	gemeinsamen europäischen Ziele angleichen (80f)	festgeschrieben werden (85)	austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen (65)
Klimaschutz : keine einseitigen Klimaziele setzen (ETS globalisieren)	Das Pariser Klimaschutz-Abkommen von 2015 ist der bislang größte Erfolg der internationalen Bemühungen zur Begrenzung der Erderwärmung. Die Entscheidung der amerikanischen Regierung, aus dem Abkommen auszutreten wird bedauert. Gemeinsam mit Frankreich und anderen Ländern entschieden für den Erhalt und den Erfolg des Abkommens eintreten (69)	Spätestens 2050 Energie weitestgehend treibhausgasneutral erzeugen. Sicherstellen, dass Deutschlands Industrie international wettbewerbsfähig bleibt. Den europäischen Emissionshandel weiterentwickeln oder auf EU-Ebene Verhandlungen für die Vereinbarung von CO ₂ -Mindestpreisen aufnehmen. Dabei unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen berücksichtigen und „Carbon-Leakage“ verhindern (49)	Der ETS muss reformiert werden. Hierfür überschüssige CO ₂ -Zertifikate dauerhaft löschen und die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten beenden (34); Gesetzlicher CO ₂ -Mindestpreis und eine ehrliche CO ₂ -Bepreisung auch außerhalb des Emissionshandels. Neben den nationalen Klimazielen müssen auch die europäischen Ziele angepasst werden. Für alle 27 Staaten der EU bis 2050 eine CO ₂ -Reduktion von mindestens 95 Prozent (35)	Mit dem EU-Emissionshandel als zentralem Steuerungsinstrument im Klimaschutz die Innovationskraft der Märkte nutzen, zunächst in der EU, so schnell wie möglich weltweit. Den Emissionshandel als globales Klimaschutzinstrument mit geeigneten Kooperationspartnern weiterentwickeln (87); Eingriffe in die Preisbildung für Emissionszertifikate wie etwa Mindestpreise werden abgelehnt (87f); ETS auf weitere Sektoren ausdehnen (85)	Im Zusammenhang mit den Neufestlegungen der EU-Klimaschutz- und Energieziele für 2030 für eine Minderung gegenüber 1990 um 60 Prozent eintreten; für einen Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch von 45 Prozent und eine Minderung des Primärenergieverbrauchs ggü. 2000 um 40 Prozent (88)	Das Pariser Klimaabkommen vom 12.12.2015 ist zu kündigen (65)

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Klimaschutz: Monitoring verbessern						
Rohstoffpolitik: Zugang zu Rohstoffen		Unbefristetes Verbot für unkonventionelles Fracking (49)	Wachstum muss weltweit vom Umweltverbrauch entkoppelt werden – und Wohlstand wie Lebensqualität vom Wachstum. Unterstützung durch nachhaltigen Konsum und eine andere Art des Wirtschaftens (44); Jahreswohlstandsbericht (45); Fracking wird nachdrücklich abgelehnt (18)	Die sichere Rohstoffversorgung ist grundlegend für unser Land. Deshalb weitere internationale Rohstoffpartnerschaften abschließen und Handelshemmnisse abbauen. Mit Blick auf die wirtschaftliche Gewinnung heimischer Bodenschätze die notwendige Investitions- und Planungssicherheit schaffen (83)	Rohstoffe müssen angemessen bezahlt und ihre Verarbeitung und Wertschöpfung in den Herkunftsregionen gezielt gefördert werden. Gegen Freihandelsdiktate müssen sich die lokalen und regionalen Märkte durch Ausfuhrzölle schützen können (104); Fracking und CCS verbieten (88)	Diskriminierungsfreier Zugang zu ausländischen Import- und Exportmärkten für deutsche Unternehmen. Dazu gehören auch der Zugang zu Rohstoffen und die Freiheit der Handelswege (20)
Rohstoffpolitik: Rohstoffbasis			Weg vom Öl und Gas, hin zu nachwachsenden Rohstoffen in der Chemieindustrie (42)	Die Nutzung des klimafreundlichen Rohstoffes Holz durch ein gezieltes Innovations- und Forschungsprogramm voranbringen (33)		
Rohstoffpolitik: Ressourceneffizienz	DE ist weltweit führend bei Ressourceneffizienz und grüner Technologie (Green-Tec). Damit auch andere Länder	Stärkung von nachhaltigen Systemen, wie Leasing- und Leihsystemen. Ziel muss sein, Abfall zu vermeiden, Produkte langlebi-	Deutsche Firmen sind bei Ressourcen effizienz/ Green Tech gut aufgestellt (43); Ressourcen schonen: Mit einer Ressourcenabgabe	Rahmenbedingungen für eine innovative Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft verbessern und verstärkt auf Müllvermeidung und	Um die natürlichen Ressourcen zu schützen, regionale Wirtschaftskreisläufe fördern und eine Ressourcenverbrauchsabgabe für nicht	

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Fortsetzung von Rohstoffpolitik: Ressourceneffizienz	wirksam unterstützen (71) <i>CSU/Verantwortung für die Schöpfung: BY bis 2020 das rohstoffeffizienteste Land (25)</i>	ger zu machen und mehr zu recyceln. Der verminderte Einsatz von Ressourcen führt zu geringeren Material- und Energiekosten und stärkt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Die öffentliche Beschaffung stärker auf ressourcenschonende Produkte und Dienstleistungen ausrichten und das Thema stärker in der Aus- und Weiterbildung verankern (50); Reparatur- und Updatefähigkeit von Produkten erhöhen (27)	auf Produkte einen Anreiz setzen für Ressourcenschutz und Effizienzmaßnahmen. Alle, die Ressourcen nutzen, sollen für die ökologischen und sozialen Kosten bezahlen und die Förderung einer echten Kreislaufwirtschaft mitfinanzieren. Abfall wird nicht ausreichend in den Kreislauf zurückgeführt. Mit einem Wertstoffgesetz, das anspruchsvolle Verwertungsquoten festschreibt, Haus- und Gewerbemüll zu einer Quelle für Neues machen. beenden (22f)	Recycling setzen. Das Prinzip der Produktverantwortung weiter stärken. Auf die Effizienz und die Wettbewerbsfähigkeit der privaten Entsorgungsunternehmen vertrauen (34); Wichtige Beiträge zur Versorgungssicherheit können Innovationen zur Ressourceneffizienz und zur Nutzung nachwachsender Rohstoffe in der Bioökonomie leisten. Entsprechende Ansätze in Forschung und Entwicklung gezielt voranbringen (75)	erneuerbare Primärrohstoffe und Einwegverpackungen einführen; Abfallentsorgung als Bestandteil der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand; Pfandsystem für Energiesparlampen, Einwegbecher, Mobiltelefone und Fernseher einführen, um die Sammelquoten bei technischen Produkten zu erhöhen; Erhebung und Offenlegung von Umweltdaten über die Nutzung von stofflichen und energetischen Ressourcen für die gesamte Lebenskette (97f)	
Innovation: 3,5%-Ziel bei Verbesserung der Rahmenbedingungen für FuE	Bis 2025 die Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf insgesamt 3,5 Prozent des BIP erhöhen. Das ist ein Rekordwert und ein	Bis 2025 3,5 Prozent des BIP für FuE aufwenden. Im Rahmen der neuen, dauerhaften Finanzierungsarchitektur für	Sieben Prozent der Wirtschaftsleistung in die allgemeine Bildung und 3,5 Prozent in FuE investieren (175)			

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Fortsetzung von Innovation : 3,5%-Ziel bei Verbesserung der Rahmenbedingungen für FuE (nachfolgend ...)	Zeichen dafür, dass DE weiter führend ist (25); Innovationsprozesse verstärkt begleiten und Sprunginnovationen befördern (26); In der Nachfolge des Hochschulpakts mit den Ländern gute Lehre und digital innovative Universitäten und Fachhochschulen stärken (38)	Hochschulen und Forschungseinrichtungen Innovationen fördern. Den erfolgreichen Pakt für Forschung und Innovation weiterentwickeln und dabei die Kooperation von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen stärken (22)	[Zu diesem übergeordneten Politikziel verhalten sich die beschriebenen Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen nicht proportional]			
Innovation : Innovations-Check		Nach dem Vorbild von NRW einen Mittelstands- und Innovationscheck für Gesetze einführen. Auch die Mittel für die Programme ZIM und industrielle Gemeinschaftsforschung aufstocken (23)		Für politische Entscheidungen soll das Innovationsprinzip ergänzend zum Vorsorgeprinzip gelten. Folgenabschätzung nicht nur zu möglichen Risiken einer Maßnahme. Genauso intensiv verlorene Chancen ermitteln (90)		
Innovation : steuerliche Forschungsförderung	Eine steuerliche Forschungsförderung in Höhe von 2 Mrd. Euro ermöglichen. Um insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen	Kleinere und mittelgroße Unternehmen durch einen „Forschungsbonus“ finanziell unterstützen, wenn sie Personal	Neue Ideen einfach und unbürokratisch mit einem steuerlichen Forschungsbonus von 15 Prozent auf alle FuE-Ausgaben für KMU	Um die Wettbewerbsfähigkeit in der forschungsintensiven Industrie zu stärken eine technologieoffene steuerliche Forschungsförderung		

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Fortsetzung von Innovation : steuerliche Forschungsförderung	wirksam zu unterstützen, ein Wahlrecht zwischen bestehender Projektförderung und steuerlicher Forschungsförderung einführen (25)	für Forschung und Entwicklung einstellen (22); Darüber hinaus auch die bestehenden Forschungs- und Innovationsprogramme weiter ausbauen (22f)	fördern. Firmen, die noch keine Gewinne erzielen, bekommen diesen Bonus ausgezahlt. Das hilft besonders den Gründern und innovativen Start-ups (105f)	einführen. Dadurch sollen die Unternehmen in DE einen bestimmten Prozentsatz ihrer Personalaufwendungen für FuE als Steuergutschrift (Forschungsprämie) erhalten(73)		
Innovation : Start ups und Wagniskapital fördern	Die Bedingungen für Wagniskapital weiter verbessern. Den Zugang für Start-ups zu Wagniskapital auch über steuerliche Förderung erleichtern: Wer sich an Start-ups beteiligt, soll das bei der Steuer berücksichtigen können (17)	Rahmenbedingungen für Wagniskapital weiter verbessern (24); Abschreibungsmöglichkeiten für Forschungs- und Entwicklungsausgaben für Unternehmen und Selbstständige verbessern (23); Um innovative Unternehmensgründungen zu fördern, die Bedingungen für Risikokapital verbessern. Aktive Innovations- und Industriepolitik der EU (75)		Mit einem Venture-Capital-Gesetz umfassend und ganzheitlich beste Bedingungen für Wagniskapital in DE schaffen auch und gerade im Steuerrecht, u.a. Abbau der Substanzbesteuerung (GewSt), eine transparente Besteuerung für Venture Capital-Gesellschaften, eine faire Besteuerung von Investoren, die sich von ihrer Beteiligung trennen und die Liberalisierung bei den Kapitalsammelstellen, damit privates Anlagekapital stärker genutzt werden kann (23)	k.A. bzw. Fördergelder vorrangig für ökologische Modernisierung, regionale Strukturpolitik in abgehängten Regionen und für Genossenschaften verwenden. Im Forschungsförderungsgesetz einen verbindlichen Anteil für Grundlagenforschung im Bereich der solidarischen Ökonomie verankern. Zudem eine sozial-ökologische Wirtschaftskammer einrichten, die regionale Leuchtturmprojekte unterstützt (84)	Hindernisse, die Unternehmensgründungen erschweren, sind zu ermitteln und geeignete Maßnahmen zur Förderung von Startups zu beschließen (67)

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Innovation: Speichertechnologien	Stromspeichertechnologien sind für den Erfolg der Energiewende von großer Bedeutung. Anstrengungen bei der Forschung und bei der Förderung werden fortgesetzt (25)	Neue Technologien – Speicher u. Batterien, Entwicklungszentren für Materialien und Prozesstechnik – mit Bundesmitteln zusammenführen (23); Speicher und andere Technologien für die Sektorenkopplung sowie die Flexibilisierung und die Digitalisierung der Energiewende gezielt durch technologieoffene gesetzliche Rahmenbedingungen sowie durch FuE-programme voranbringen (48)			k.A. bzw. wenn ein Ausbau der Speichersysteme voran gebracht wird, ist Netzausbau kaum erforderlich (86)	
Innovation: Elektromobilität	DE soll wieder Standort für eine Batteriezellproduktion werden (25); Technologieoffene Gesamtstrategie zur Förderung des Markthochlaufs alternativer Kraftstoffe und Antriebe wie der Elektromobilität	Der Aufbau einer Batteriezellenfertigung in DE ist von strategischer Bedeutung. Auch in Zukunft die gesamte Wertschöpfung des Automobils abdecken (22);	<i>Zehn-Punkte-Plan 2. E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen (233)</i> Ära des fossilen Verbrennungsmotors mit klaren ökologischen Leitplanken beenden.	Kaufprämie für Elektroautos ist nicht sinnvoll (26); Staatliche Investitionslenkung, wie bspw. ein Verbot von Verbrennungsmotoren ist, keine geeignete Klimaschutzstrategie (80)	Elektromobilität im öffentlichen Verkehr fördern. Zuschüsse für E-Autos sind darüber hinaus sinnvoll für Fahrzeuge die viel unterwegs sein müssen - z.B. jene von Handwerkern,	Die Elektromobilität muss sich wie jede Technik auf marktwirtschaftlicher Basis entwickeln (66)

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Fortsetzung von Innovation: Elektromobilität	bilität und der Brennstoffzelle. Förderung des Aufbaus einer flächendeckenden Lade- und Tankinfrastruktur, die alle Regionen für die Elektro- und Wasserstoffmobilität erschließt – 50.000 Ladesäulen in ganz DE. Deutlicher Ausbau der Elektromobilität v.a. in den Städten (50)	2.) <i>Innovationsallianz. Plattform „Zukunft der Automobilindustrie“.</i> <i>Zukunftsprogramm 2030 entwickeln</i> Den Ausbau der Ladeinfrastruktur in Stadt und Land fördern. Auch Brennstoffzellenantriebe und andere emissionsarme Antriebstechnologien am Wirtschaftsstandort DE bei FuE stärken (46)	Ab 2030 nur noch abgasfreie Autos neu zulassen (233); Klarer Fahrplan für den Ausbau der Elektromobilität u. Ausstieg aus dem fossilen Verbrennungsmotor (43); Elektromobilität im Straßenverkehr gezielt stärken (61)		sozialen Diensten, Taxen (93)	
Innovation: Materialforschung und Nanomaterialien	Neue und zukunfts-sichere Arbeitsplätze, insbesondere im Bereich der Digitalisierung, der Biotechnologie, der Umwelttechnologien sowie im Gesundheits- und im Dienstleistungsbe-reich. (14)	Zukunftsweisende Technologien fördern: z.B. die Gesundheitswirtschaft, die Bio- und Nanotechnologie, Umwelt- und Klimaschutztechnologien, die Materialforschung und Robotik (25)				Schlüsseltechnologien, die für Deutschland relevant sind, müssen identifiziert werden und durch substanzielle Förderungsmodelle vorrangig entwickelt werden (67)
Innovation: in Bildung investieren	Bildung ist nach der Ordnung des GG Ländersache und wird es bleiben.	7.) <i>Offensive für Bildung: Nationale Bildungsallianz für Schulen</i>	Sieben Prozent der Wirtschaftsleistung in die allgemeine Bildung und 3,5	Die umfassende Modernisierung des Bildungssystems ... muss eine gesamt-	Bildungspolitik ist Ländersache, trotzdem müssen Bund und Länder	Diplom- und Magisterstudiengänge wieder einführen. Die

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Fortsetzung von Innovation: in Bildung investieren	Gesamtstaatliche Verantwortung: Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse setzt die Gleichwertigkeit von Bildung voraus. Einsatz für Durchlässigkeit zwischen Schultypen und Ausbildungswegen, für leistungsschwächere Schüler ebenso wie für die leistungsstarken. Digitale Kompetenzen möglichst umfassend fördern (38); Digitale Bildungsoffensive (56); Berufliche Bildung weiter stärken (39); Den Meisterbrief erhalten und prüfen, wie er EU-konform wieder eingeführt werden kann. Meisterbonus (17)	(8); Mit neuem GG Art. 104c das Kooperationsverbot aufbrechen (8); Schüler sollen digitale Kompetenzen fächerübergreifend erwerben (9); Berufsschulpakt von Bund und Ländern unter Einbeziehung von Unternehmen und Ausbildungsbetrieben. Berufsbildungsgesetz weiterentwickeln. Fortführung der „Allianz f. Aus- und Weiterbildung“ (12); Berufliche und akademische Bildung sind gleichwertig (11); Technologische Kompetenz und digitale Souveränität erhalten (56)	Prozent in FuE investieren (175); Ausbildungsgarantie für junge Menschen. Branchen- und regionsspezifische Umlagen zur solidarischen Finanzierung der Berufsbildung. BildungsZeit Plus bietet einen Mix aus Darlehen und Zuschuss bei Weiterbildung (218); Bildung für eine digitalisierte und vernetzte Welt (179f); 10.000 Schulen fit für die Zukunft machen (181); Schulen auch für die digitale Zukunft fit machen (182); Digitalisierung gestalten (223f)	gesellschaftliche Aufgabe werden. Einheitliche Bildungsstandards in DE (4); In den nächsten fünf Jahren für jeden Schüler Investition von 1.000 Euro in Technik. Länder werden verpflichtet, die digitale Bildung als festen Bestandteil in der Lehrerausbildung und Weiterbildung zu verankern (6); Elternunabhängige Ausbildungsförderung (17); Bildungssparen einführen (18); Exzellenzinitiative für berufliche Bildung. Ausgaben für Bildung so erhöhen, dass DE zu den führenden fünf Ländern der 35 OECD-Staaten zählt. (12)	zusammenarbeiten können (51); Mehr Personal (51); Umfassendes Recht auf Weiterbildung; Weiterbildungsfonds, in den alle Unternehmen einer Branche einzahlen (15); Prioritär: Allein in der Bildung fehlen Investitionen in Gebäude, Technik und Personal in Höhe von 50 Mrd. Euro (40)	Modularisierung des Studiums und Akkreditierungsagenturen abschaffen (44); Die inhaltliche Entwertung der MINT-Fächer an den Schulen stoppen (66)
Life Sciences: Bioökonomie				Beiträge zur Versorgungssicherheit mit Innovationen zur Ressourceneffizienz und zur Nutzung nachwachsender		

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Fortsetzung von Life Sciences : Bioökonomie				Rohstoffe in der Bioökonomie. Entsprechende Ansätze in FuE gezielt voranbringen (83)		
Life Sciences : Zukunftsfeld Biotechnologie	<i>CSU/ Verantwortung für die Schöpfung: Nein zum Anbau von Gentechnikpflanzen (26)</i>	Vorsorgeprinzip und Wahlfreiheit auch bei den sog. neuen Gentechnikverfahren. Mit neuen Verfahren erzeugte Pflanzen und Tiere dürfen nicht unreguliert in den Markt gelangen (51); Saatgutreinheit und Nulltoleranz für nicht zugelassene GVO in Lebensmitteln. Tierische Produkte, die auf Fütterung mit GV-Pflanzen beruhen, europaweit verpflichtend kennzeichnen (52)	Nur was wirklich unbedenklich ist, darf auf den Markt gelangen. Ein solcher Nachweis wird für GVO jedoch bis heute nicht erbracht. Fester Standpunkt: Pflanzen aus den Laboren der Agroindustrie haben auf Äckern in DE und EU nichts verloren. Ein GenTG auflegen, das Äcker und Teller frei von Gentechnik hält, auch wenn sie sich als „neu“ tarnt (28); Genfood und	Mit neuen Forschungsrichtungen der Grünen Biotechnologie wie dem „Genome Editing“ offen und transparent umgehen. Statt pauschalisierender Verbote eine faktenbasierte, ergebnisoffene Bewertung neuer Technologien (24f)		Für gentechnikfrei erzeugte Lebensmittel aus der deutschen Landwirtschaft. Der streng kontrollierte Einsatz der Gentechnik in Forschung und Wissenschaft bleibt erlaubt. (74)
	Zusätzlich zur „Digitalen Agenda“ eine „Biotechnologie-Agenda“ erarbeiten, damit DE auch in diesem hoch innovativen Forschungsgebiet seine Chancen wahr (26)					
Life Sciences : Patentschutz		Gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft und	Biopatente braucht kein Mensch (28); Patentierung von Saatgut bekämpfen, denn sie bedrohen Biodiversität		Zur Sicherung der genetischen Vielfalt alte Pflanzensorten und Nutztierassen erhalten und freie Nachbaurechte si-	
	<i>(26) CSU/ Verantwortung für die Schöpfung:</i>					

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Fortsetzung von Life Sciences : Patentschutz	<i>Keine Patente auf Pflanzen und Tiere</i>	Patente auf Leben ablehnen (52)	und Ernährungssouveränität (93)		chern. Patente auf Leben verbieten(94)	
Life Sciences : Vergütung innovativer Arzneimittel	DE in die Gruppe der drei weltweit besten in der Forschung zu Krebs, Demenz, (Diabetes) u. Infektionskrankheiten führen (26); Entwicklung neuer Antibiotika und neuer Untersuchungsmethoden, für einen sachgerechten und sparsamen Antibiotika-Einsatz. Die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen (43); Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln (42)	Medizinische Neuerungen schnell und zu fairen Preisen vom ersten Tag an verfügbar machen. Arzneimittelpreise dürfen in einem solidarisch finanzierten System nicht nur vom Markt bestimmt werden, sondern müssen ethisch vertretbar sein. Deshalb auch in Zukunft immer wieder neu bestimmen, ob neue Medikamente sicher und notwendig sind (31)	Vgl. Zeile „Für Freihandel einsetzen“	Flächendeckende Versorgung mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln rund um die Uhr sowie qualifizierte Beratung. Fairer Wettbewerb zwischen inländischen und ausländischen Apotheken. Kein pauschales Versandhandelsverbot von rezeptpflichtigen Arzneimitteln (56)	Patente für Arzneimittel und Heilverfahren abschaffen (33); Zuzahlungen streichen; Den Einfluss der Pharmaindustrie zurückdrängen. Medikamentenpreise begrenzen (28); Die Pharmaindustrie unter demokratische Kontrolle (Gemeinwohl) stellen; Einführung einer Positivliste. Teure Medikamente, die nur scheinbar neu sind, gehören nicht in den Leistungskatalog (32)	
Life Sciences : Moderne Landwirtschaft	Durch satellitengestützte „Präzisionslandwirtschaft“ können Millionen Tonnen Düngemittel eingespart und Umweltschäden vermieden werden (57)	Die ökologische Landwirtschaft ist derzeit die nachhaltigste Form der Landwirtschaft. Bekenntnis zu beiden Produktionsformen. Den Einsatz von Pflanzen-	<i>Zehn-Punkte-Plan 3. Landwirtschaft nachhaltig machen</i> (234) Ein Programm auflegen, das den Pestizideinsatz eindämmt, und eine Pestizidabgabe	Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln vorantreiben. Öffentliche Diskussionen über Wirkstoffe auf Grundlage	Reduzierung des Schadstoffeintrags durch Düngemittel und Pestizide in Flüsse und Meere und Sicherung von Auenflächen; Glyphosat und Neonikotinoide	Die offenen Grenzen des Binnenmarkts haben zu einer starken Zunahme unsicherer und gefährlicher Produkte geführt. Dieser Entwicklung muss durch eine

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Fortsetzung von Life Sciences : Moderne Landwirtschaft		schutzmitteln und Dünger auf das unbedingt notwendige Maß reduzieren und das Bundesbodenschutzgesetz novellieren. Gentechnikfreie Landwirtschaft (51)	enthält. Damit die Forschung bezüglich der Wirkungen von Pestiziden auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit stärken (28); Einsatz von Glyphosat und Neonicotinoiden beenden (14)	nachvollziehbarer Fakten und nicht zuletzt der Stellungnahmen des BfR führen. Große Chancen liegen in digitalen Innovationen für die Landwirtschaft (24f)	sofort verbieten. Den »Nationalen Aktionsplan Pflanzenschutz« (NAP) zu einem wirkungsvollen Plan zur Reduktion von Pestiziden in DE umgestalten (97)	bessere personelle und materielle Ausstattung der Gewerbeaufsicht und Produktprüfung, vor allem bei Lebensmitteln, begegnet werden (73)
Life Sciences : schnellere Zulassungsverfahren			Die Zulassung neuer chemischer Wirkstoffe in der EU einschränken und dem Einflussbereich der Hersteller entziehen. Nur Stoffe, die wirklich unbedenklich sind, dürfen auf den Markt gelangen (28)			
Umwelt : effiziente und rechtssichere Genehmigungsverfahren	Wo vertretbar, die Dauer von Planungsverfahren durch Entbürokratisierung verkürzen. Planungsbeschleunigungsgesetz verabschieden. Bei Ersatzneubauten die VWG-Verfahren auf eine Instanz beschrän-	Durch frühzeitige Beteiligung der Bürger, weniger Bürokratie und gezielten Personaleinsatz schneller planen und bauen (46); eigentlich: Bezug Infrastruktur		Planungsprozesse optimieren und mehr Transparenz im Zusammenhang mit der Nutzung des Verbandsklagerechts (29); eigentlich: Bezug Infrastruktur		

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Fortsetzung von Umwelt: ...	ken (22); eigentlich: Bezug Infrastruktur					
Steuerpolitik: Steuerrecht wettbewerbsfähig machen	<p><i>II. CSU/ Steuern senken, Eigentum schaffen. Soli abschaffen. Keine Steuererhöhungen. 15 Mrd. Euro Steuerentlastung (7).</i></p> <p>(Steuerkonzept 33f); Wenn international ein funktionierender Informationsaustausch der Finanzbehörden besteht, die pauschale Abgeltungsteuer durch die individuelle Besteuerung ersetzen. In der verstärkten Zusammenarbeit mit anderen EU-Staaten eine Finanztransaktionssteuer einführen (34); Durch „BEPS“ für einen fairen Steuerwettbewerb sorgen. Keine Wiedereinführung der Vermögensteuer (37); Körperschaftsteuer</p>	Vorfahrt für Investitionen (37); (Steuerkonzept 38-40); Gerechter Steuervollzug: Einführung einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer und von Mindeststeuersätzen in Europa. Steuerbetrug, Steuervermeidung und Geldwäsche bekämpfen. Mit der BEPS-Initiative die Transparenz internationaler Transaktionen erhöhen, die nationalen Steuersysteme besser aufeinander abstimmen und den schädlichen Steuerwettbewerb international eindämmen. Europäisches Transparenzregister (41);	Umweltschädliche Subventionen von wenigstens 12 Mrd. Euro abbauen. Ökologische Steuerreform (42); Mit dem Vorschlag zur GKKB die Besteuerung für EU-weit operierende Unternehmen vereinfachen und Steuervermeidung ausschließen. Mindeststeuersatz. Steuervermeidung und -hinterziehung müssen wirkungsvoller verhindert und bestraft werden. Beim Kampf gegen Steuerbetrug auch national vorangehen (72f); Alle international tätigen Unternehmen sollen ab einer gewissen Größe ihre Gewinne und Steuerzahlungen nach Staaten offen-	Grundlegendes Umdenken in der Steuerpolitik. Die Balance zwischen Privat und Staat wiederherstellen. Entlastungsvolumen von mindestens 30 Mrd. Euro (75); Es sollen sowohl auf internationaler Ebene der G20 als auch auf Ebene der Europäischen Union Konzepte entwickelt werden, die eine faire Besteuerung für alle Unternehmen sicherstellen und den Standort DE aber nicht gefährden (76)	Vermögen oberhalb einer Million Euro besteuern (S. 37: mit fünf Prozent), auch hohe Erbschaften. Steuern der Konzerne erhöhen und den Steuervollzug durchsetzen; Steuerflucht bekämpfen und Steueroasen austrocknen; Steuervollzug mit Bundesfinanzpolizei. 0,1 Prozent Finanztransaktionssteuer. Bisherige Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzsteuer umwandeln (38); Mindeststandards und abgestimmte Besteuerung der Superreichen in EU (110);	Eine faire Unternehmensbesteuerung schaffen. Gewinne sind dort zu versteuern, wo sie erwirtschaftet werden (51)

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Fortsetzung von Steuerpolitik: Steuerrecht wettbewerbsfähig machen	zwischen DE und FR einander annähern und harmonisieren. Dies wäre ein deutliches Signal für unsere Bereitschaft, um Märkte und Investitionen zu kämpfen (61)	Gewerbesteuer stabilisieren (43); Harmonisierung d. Unternehmensbesteuerung und des Steuervollzugs in Europa. Steuervermeidung und Steuerbetrug effektiv bekämpfen (76); Finanztransaktionssteuer (26f, 40); Absetzbarkeit von Managergehältern auf 500.000 Euro begrenzen (40f)	legen (194); Effektives Regelwerk zur Bekämpfung von Steuer- und Kapitalflucht durchsetzen (92); geordnetes Staateninsolvenzverfahren bei den VN; Finanztransaktionssteuer (81, 191) Steuerliche Abzugsfähigkeit von Abfindungen bei 1 Mio. Euro pro Kopf deckeln, Gehälter bei 500.000 (192)		Umweltschädliche Subventionen beenden (80); Manager- und Vorstandsgehälter dürfen nicht mehr als das 20fache des niedrigsten Gehalts im Unternehmen betragen. Obergrenzen für Manager- und Vorstandsgehälter. Jahresgehälter über einer halben Million Euro nicht mehr steuerlich abzugsfähig (13)	
Steuerpolitik: Erbchaftsteuer fair gestalten	<i>II. CSU/ Steuern senken, Eigentum schaffen. Erbschaftsteuer regionalisieren (8).</i> Keine Verschlechterung bei der Erbschaftsteuer (37)	Umfassendere ErbSt-Reform mit weniger Ausnahmen soll mehr Gerechtigkeit bei der Besteuerung der Erbschaften realisieren (40)	Ein einfaches und gerechtes ErbSt-Modell entwickeln, das mit dem GG übereinstimmt (194)	Die Weitergabe von erarbeitetem Eigentum und Vermögen und die Fortführung von Familienunternehmen nicht durch steuerliche Regelungen behindern (68f)	Steuerschlupflöcher schließen. Mehreinnahmen von fünf Milliarden Euro im Jahr (37)	Abschaffung der Erbschaftsteuer als Substanzsteuer (51)
Steuerpolitik: Pensionszahlungen absichern (Zinssatz)				Betriebe, die Direktzusagen geben, für die bestehenden Pensionsverpflichtungen entlasten. Den Berechnungszeit-		

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Fortsetzung von Steuerpolitik: Pensionszahlungen absichern (Zinssatz)				raum für den HGB-Abzinsungssatz von zehn auf zwölf Jahre verlängern und die Bewertung der Pensionsrückstellungen in der Handels- und Steuerbilanz vereinheitlichen (37)		
Steuerpolitik: von Steuererhöhungen absehen	<p><i>II. Steuern senken, Eigentum schaffen. Keine Steuererhöhungen. Keine Wiedereinführung der Vermögensteuer und keine Verschärfung der Erbschaftsteuer (7).</i></p> <p>Auch die Steuerquote soll nicht steigen (33f); Spielräume u.a. nutzen für Steuer-senkungen (35)</p>		Kommunale Wirtschaftssteuer (184); Die ungleiche Besteuerung von Kapitalerträgen beseitigen. Eine verfassungsfeste, ergebnis- und umsetzbare Vermögenssteuer für Superreiche. Selbstverständlich legen wir dabei besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Innovationskraft von Unternehmen (194)	Keine heimlichen Steuererhöhungen durch die Kalte Progression. Dauerhafter Einstieg in eine regelmäßige Anpassung des Steuertarifs an die Inflation. Keine Wiedereinführung der Vermögensteuer und keine weitere Verschärfung der Erbschaftsteuer (77); Keine Einführung neuer Steuern (75)	Vermögensteuer wieder einführen. Die Einnahmen daraus gehen in die Länderhaushalte (30); Hohe Einkommen und Vermögen, Erbschaften und Gewinne aus Kapital und Aktien stärker besteuern; Körperschaftsteuer wieder auf 25 Prozent erhöhen (37f)	Keine Ausweitung der Abgabenbelastung, Absenkung der MwSt um 7 Prozentpunkte sowie Einführung einer Abgabenbremse (Steuern, Beiträge und Gebühren) zugunsten der Bürger im GG. Die Obergrenze soll mittelfristig 40 % des BIP nicht übersteigen. Keine Reaktivierung der Vermögensteuer (50-51)
Rechtspolitik: Regelungsdynamik reduzieren		Musterfeststellungsklage: Verbandsklage ausbauen (27), auch für Gewerkschaften (15), Tierschutz-	Diskriminierung abbauen, Freiheiten weiter ausbauen und Gleichstellung vorantreiben (117); Whistleblower	Das ständig wachsende Verwaltungs- und Wirtschaftsstrafrecht muss in den Blick	Bürger sollen den Zweck öffentlicher Unternehmen mitbestimmen. Dazu bedarf es einer umfassenden	

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Fortsetzung von Rechtspolitik: Regelungsdynamik reduzieren		organisationen (51) und im AGG (65); Schutz von Hinweisgebern in die Führungsleitlinien („Code of Conduct“) von Wirtschaft und Verwaltung integrieren (57); Verpflichtendes Lobbyregister (63)	schützen (150,156); Verbandsklagerecht (31, 88, 120); Gruppenklagen für Verbraucher ermöglichen (160); Verpflichtendes öffentliches Lobbyregister (147, 156)	genommen werden. Dieser Trend ist zu stoppen und möglichst umzukehren (48)	Änderung des Gesellschaftsrechts (43)	
Rechtspolitik: kein Unternehmensstrafrecht einführen					Unternehmensstrafrecht einführen (82)	
Europa: starke EU	<i>X. CSU/ Europa und Sicherheit in der Welt: Europa muss sich auf die großen Herausforderungen konzentrieren. Strikte Haushaltsregeln und wirtschaftliche Strukturreformen. Bürokratie- statt Schuldenschnitt (29). Kein EU-Beitritt der Türkei (30)</i> Europa hat eine Zuständigkeit für FuE, für einen digitalen Binnenmarkt und	<i>8.) Europa besser machen: Die Eurozone als Kern der EU reformieren und stärken. Investitionsbudget, das wirtschaftliche Innovation und Kraft europaweit fördert – auch in strukturschwachen Regionen.</i> DE und Frankreich kommt besondere gemeinsame Verantwortung für den Zusammenhalt	<i>Zehn-Punkte-Plan 4. Europa zusammenführen (234f)</i> Eine starke, demokratische und reformierte EU ist genau das, was wir in einer Welt der Unsicherheiten brauchen (67); EFSI reformieren und aufstocken. Green New Deal. Pakt für nachhaltige Investitionen. Neuen Zukunftsfonds im EU-Haushalt für junge	Institutionelle Reformen für mehr Transparenz und Effizienz in der EU sind unabdingbar (68); „Brexit“: Großbritannien als starken Partner der EU erhalten, aber nicht um jeden Preis. Kein „Rosinenpicken“ (64); Staateninsolvenzordnung für die Eurozone schaffen. Mitgliedsländer sollen nach einem geregelt	Stärkung der OSZE als wichtiges Format der gesamteuropäischen Kooperation (106); Neustart der EU mit neuen Verträgen, neuen Strukturen, neuen Hoffnungen. mit der neoliberalen Wettbewerbspolitik brechen; Initiative für ein Europa von Unten; Binnennachfrage stärken und die Spekulation	Das bestehende „Lissabon-Europa“ zurückführen zu einer Organisation von Staaten, die auf der Basis völkerrechtlicher Verträge ihre Interessen und Aufgabenwahrnehmung definieren. Sofern eine solche Konzeption mit den derzeitigen Partnern der EU nicht einvernehmlich auszuhandeln

Thema	CDU/CSU (Regierungsprogramm vom 3. Juli 2017)	SPD (Regierungsprogramm vom 26. Juni 2017)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Programm vom 12. Juli 2017)	FDP (Programm vom 23. Mai 2017)	DIE LINKE (Programm zur BT-Wahl 2017)	AfD (Programm vom 1. Juni 2017)
Fortsetzung von Europa: starke EU	für die Vollendung der Energie-Union (60); Die negativen Auswirkungen des BREXIT für die Menschen und die Wirtschaft in Grenzen halten. Die Beziehungen der EU und der Türkei weiter vertiefen. Die deutsch-französische Freundschaft neu beleben und zum Erfolg führen (61); Gemeinsam mit FR um die internationale Technologieführerschaft bei der Künstlichen Intelligenz kämpfen. Intensive Zusammenarbeit und Kooperation mit Polen (62); Abkommen nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens auch in der Nachbarregion und im nördlichen Afrika schließen (59)	Europas zu. EU aus der Wachstumschwäche herausführen (74); Europäisches Gigabit-Netz; Europäische Sozialunion (75); koordinierte Wirtschaftspolitik – perspektivisch mit der Einrichtung einer Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum (Kommissare + EU-Wirtschafts-/ Finanzminister, legitimiert und kontrolliert vom EP/ „Eurozonen-Parl.“) Gemeinsames Finanzbudget für die Eurozone für Investitionsimpulse und als Ausgleichsmechanismus bei Krisen. Besteuerung der Finanzmärkte (76)	Menschen und ökologische und soziale Modernisierung aus einem neu geschaffenen europäischen Steuerpakt speisen (72,77); Wirtschaftspolitische Steuerung stärken (73); EP als zentralen Ort der europäischen Demokratie stärken, u.a. durch die Möglichkeit, eigene Gesetzesvorschläge einzubringen. Rats-AGs sollen in Zukunft öffentlich tagen. Verbindliches Lobbyregister und legislativen Fußabdruck einführen. Beteiligungsinstrumente ausbauen (78)	Verfahren aus dem Euro-Währungsgebiet austreten können (78); Aufwertung des EP zu einem Vollparlament mit Initiativrecht; Zusammenführung der Sitze in Brüssel. Verkleinerung der EU- Kommission auf 16 Kommissare. Wahrung des Subsidiaritätsprinzips. Ablehnung einer sozialen Säule Europas (68f); Verstärkte Kooperation mit den östlichen Nachbarn der EU (63); Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei in der bisherigen Form beenden und auf eine neue Grundlage stellen (64)	zurückdrängen (109); Institutionen grundlegend demokratisieren (111); Kohäsionspolitik auch ab 2021 weiterführen und insbesondere südeuropäische Länder der EU fördern (112f); europäisches Nachtzugnetz, damit Reisen in Europa wieder bequem und ökologisch möglich ist (91)	ist, muss DE aus der bestehenden EU austreten (7f)

Quellen (Stand 17.07.2017):

CDU/CSU: Regierungsprogramm 2017-2021 vom 3.07.2017: „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“ (78 Seiten, Seitenzählung nach der PDF abweichend von der Seitennummerierung) + Bayernplan (der CSU) vom 17. Juli 2017 (31 Seiten, Seitenzählung nach der PDF abweichend)

SPD: Regierungsprogramm 2017 bis 2021 vom 26.06.2017: „Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit: Zukunft sichern, Europa stärken“ (88 Seiten, PDF) + Zukunftsplan vom 13. Juli 2017

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wahlprogramm 2017 vom 12.07.2017 „Zukunft wird aus Mut gemacht.“ (248 Seiten, Seitenzählung nach der PDF) + Zehn-Punkte-Plan vom 31. Mai 2017

FDP: Programmentwurf zur Bundestagswahl 2017 vom 23.05.2017 „Schauen wir nicht länger zu!“ (95 Seiten, Seitenzählung nach der PDF abweichend)

DIE LINKE.: Programm zur Bundestagswahl 2017 vom Juni 2017 „Die Zukunft, für die wir kämpfen: SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE.“ (136 Seiten, PDF)

AfD: Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag vom 1.06.2017 (76 Seiten, Seitenzählung nach der PDF)

Ansprechpartner:

Michael Hillenbrand
VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE e.V.
Hauptstadtbüro
Neustädtische Kirchstr. 8
10117 Berlin
Telefon: +49 30 200599-15
E-Mail: hillenbrand@berlin.vci.de